Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO

Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS

Band: 100 (2003)

Heft: 6

Artikel: Eine Bruchstelle geht durchs Land : Perspektiven für die Schweiz von morgen : Vortrag anlässlich der SKOS-Mitgliederversammlung

Autor: Rickenbacher, Iwan

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-840833

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Eine Bruchstelle geht durchs Land – Perspektiven für die Schweiz von morgen

Vortrag anlässlich der SKOS-Mitgliederversammlung

Menschen in ländlichen Gebieten der Schweiz reagieren zum Teil anders auf gesellschaftliche Veränderungen als ihre Nachbarn in der Stadt. Gerade im Sozialbereich hat es Auswirkungen, wenn jeder jeden kennt. Ein gemeindeüberschreitendes Sozialsystem könnte die Gräben zwischen Stadt und Land einebnen helfen.

Am 24. November 2002 hatten die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger über die Volksinitiative «Gegen Asylmissbrauch» zu befinden. 49.9 Prozent der Stimmenden votierten JA, 50.1 Prozent NEIN.

Die Analyse der Abstimmung ergab unter anderem folgendes Bild:

- Wesentlich war, welche Prädispositionen die Stimmenden einbrachten. Wer grundsätzlich bereit ist, Ausländern in der Schweiz die gleichen Chancen einzuräumen wie Schweizern, stimmte mit einem Ja-Anteil von 74 Prozent.
- Relativ stark wirkte sich die Bildung der Stimmenden aus. Stimmende mit einem Grundschulabschluss oder einer Berufslehre stimmten der Vorlage mehrheitlich zu.
- Die französischsprachige Schweiz hat die Initiative abgelehnt, die Deutschschweiz hat sie knapp angenommen.
- Grösser als der Sprachgraben war aber der Unterschied zwischen den Nein stimmenden Grossstadtagglomerationen und den zustimmenden kleinstädtischen und ländlichen Gebieten. Die Ja-Anteile streuten von 41 Prozent in den Agglomerationen bis 59 Prozent in den ländlichen Gebieten.

Der Stadt-Land-Unterschied ist neben der Zentrums-Peripherie-Spannung, der Staat-Kirche-Differenz, und dem Kapital-Arbeit-Gegensatz eine der vier klassischen gesellschaftlichen Grundkonflikte. Waren im Stadt-Land-Konflikt lange Zeit die Städte als Zentren der Modernisierung und der wirtschaftlichen Macht im Vorteil, so begründete die Verfassung von 1848 in der Schweiz die Vormachtstellung der ländlichen Kantone.

Analyse der Unterschiede

Der Stadt-Land-Konflikt ist allerdings nicht in jeder politischen Auseinandersetzung, nicht einmal in jeder sozialen Streitfrage nachweisbar. In der mit der Asylabstimmung angenommenen Revision der Arbeitslosenversicherung zum Beispiel war kein entsprechender Gegensatz festzustellen. Einigermassen konstant ist die Orientierung der Stimmberechtigten zur Zeit entlang der verteilungspolitischen und aussenpolitischen Konflikte. Da ist beizufügen, dass diese Konfliktfelder in den letzten 10 Jahren durch die politische Agenda und durch wirtschaftliche Entwicklungen an Bedeutung zugenommen haben, während die klassischen Beweggründe für den Stadt-Land-Konflikt, etwa die unterschiedliche Lebensqualität oder unterschiedliche weltanschauliche Ausrichtungen, stark eingeebnet worden sind. Beigetragen hat auch die aus den Städten und Agglomerationen heraus operierende Medienindustrie mit ihren gemeinsam verbreiteten Leitmotiven.

Wenn der Stadt-Land-Konflikt in seiner heutigen politischen Bedeutung relativiert werden muss, heisst dies nicht, Unterschiede der städtischen und ländlichen Bevölkerung in der Wahrnehmung der Umwelt vollständig negieren zu können.

Jedes fünfte Mitglied des eidgenössischen Parlaments ist bäuerlicher Herkunft. Die ländlich-bäuerlichen Gemeinden des Kantons Bern majorisieren im Grossen Rat des Kantons die Städte Bern, Biel oder Thun und setzen ihre Bedürfnisse durch. Die Landkantone besitzen mit dem Instrument des Ständemehrs ein erhebliches Druckmittel gegenüber den bevölkerungsstarken Zentren.

Erst mit der Verfassungsreform von 1999 wurde den Städten in der eidgenössischen Aufgabenteilung und Problemlösung ein besonderer Status zugesprochen. Artikel 50 der BV sagt: «Der Bund beachtet bei seinem Handeln die möglichen Auswirkungen auf die Gemeinden» und: «Er nimmt dabei Rücksicht auf die besondere Situation der Städte und der Agglomerationen, sowie der Berggebiete». Die Städte fallen jedoch immer noch auf, wenn sie in der eidgenössischen Politik mit eigenen Fragestellungen und Lösungsvorschlägen aufwarten, wie kürzlich im Zusammenhang mit Asylfragen.

Die Diskussion um den Neuen Finanzausgleich, die wir in den nächsten Jahren führen werden, kreist auch um die gerechte Verteilung der Zentrumslasten und um die Angst, dass die Kantonalisierung sozialer Aufgaben, die bisher wesentlich vom Bund mitgetragen oder gar entschieden worden sind, in ländlichen Gebieten zu Leistungsabbau zu Lasten der Schwächeren führen könnte. Die Kantone verwahren sich im Übrigen vehement gegen den Vorwurf des Vollzugsschlendrians.

Aber, und das ist die Frage, die heute hier interessiert: Wird der Graben zwischen Stadt und Land und dies bei der Lösung sozialer Herausforderungen grösser?

Mögliche Perspektiven

Gegen eine Verschärfung des Stadt-Land-Gegensatzes sprechen einige Tatsachen, die bereits angedeutet worden sind. Einst bäuerlich-ländlich geprägte Regionen entwickeln sich zu urbanen Kleinzentren. Die Menschen in diesen zusammenwachsenden Wohn-, Freizeit- und Arbeitsräumen zeigen die gleichen Bedürfnisse und Gewohnheiten, auch wenn sie nicht in der gleichen Gemeinde stimmen und wählen.

Im Auseinanderklaffen zwischen politischer Heimat und wirklichem Lebensraum liegt ein grosses Risiko. Zur politischen Entscheidungskompetenz gehört die Entscheidung, welche Dienstleistung vor Ort angeboten und welche vom Nachbarort bezogen werden kann. Bisher war es oft so, dass Leistungen sozialer oder kultureller Art gerne anderswo gratis bezogen worden sind, etwa Oper und Theater, Laufbahnorientierung und Drogenhilfe, Bibliotheken und Schwimmbäder, um mit den ersparten Mitteln die Steuern zu senken; und dabei gleich jene noch anzulocken, die bisher in den Städten mit ihren Steuern die Leistungen ermöglichten.

Auch hier soll der Neue Finanzausgleich Abhilfe schaffen, indem die Beitragsleistung profitierender Gemeinwesen an soziale und kulturelle Leistungen der Zentren notfalls erzwungen werden kann.

Folgerungen für die Zukunft

Kehren wir zurück zum Anfang unserer Überlegungen. Die Frage, ob Schweizerinnen und Schweizer einer Änderung des Asylrechts zustimmen, den öffentlichen Verkehr fördern, mehr Steuergerechtigkeit wünschen, hängt wesentlich mit der Frage zusammen, welche Grundeinstellung die Bürgerinnen und Bürger zu politischen Grundfragen einbringen. Grundeinstellungen oder Prädispositionen sind das Ergebnis eines lebenslangen Lernprozesses im sozialen Kontext. Dieser weist im ländlichen Umfeld Unterschiede aus, von der Häufigkeit, Fremden zu begegnen bis zur sozialen Kontrolle individuellen Verhaltens, von der Gefahr, individuelle Not mit zugesprochener Schuld zu verbinden bis zur Unmöglichkeit, Not Einzelner einfach zu übersehen. Es ist nicht immer von Vorteil, wenn Not und Versagen einen Namen bekommt.

Unterschiedlich ist auch die Funktion und Bedeutung eigentlicher Opinion Leader auf dem Land. Sie sind weniger zahlreich und ihr politisches und gesellschaftliches Schicksal, sofern sie sich einer Publikumswahl zu stellen haben, hängt von wenigen Menschen und deren Einstellung ab. Sie fühlen sich daher exponierter und handeln tendenziell vorsichtig, wenn sie sich der Gefolgschaft nicht sicher sind.

Viele Dienstleistungen, die anderswo professionell verrichtet werden, sind in ländlichen Gebieten durch Milizsysteme gewährleistet, Exekutivämter in den Gemeinden, soziale Dienstleistungen im Spitexbereich, Mediationen und Moderationen. Dies hat Einfluss auf Innovationsraten, denn nebenamtliche Entscheidungsträger zeigen andere Lernkurven.

Unterschiedlich ist das Mass und die Wachstumsrate sozialer Brüche, die zu einer kollektiven Verhaltensänderung führen sollte. In andern Zeiträumen wächst die Bereitschaft, Lösungen mitzutragen, die anderorts, in den Städten und Agglomerationen bereits gravierend zutage treten. Willkommen ist, wenn die wenigen Fälle ländlicher Randgebiete möglichst lange in der grossen Zahl städtischer Problemlösungen aufgehen. Die Lasten der Pioniere werden die Städte bis zu einem gewissen Grad auch in Zukunft tragen, nur sind ihre finanziellen Spielräume enger geworden.

Darum müssen wir darüber nachdenken, ob wir neben den existierenden grenzüberschreitenden Zonen des öffentlichen Verkehrs, der Kehrichtentsorgung, den grenzüberschreitenden Hochschulsystemen, nicht auch Sozialräume schaffen müssten. Dies wäre die endgültige Abkehr von Zeiten, wo jenische Mitbürger in der Stichnacht der Bürgerrechtsfeststellung über die Gemeindegrenze geschoben wurden, wo Scheidungsanwälte vor der Einführung der generellen Kinderalimentenbevorschussung Müttern rieten, in den Nachbarkanton zu ziehen.

Was bleibt ist die Tatsache, dass auf dem Land soziale Nähe auch erheblichen sozialen Druck bewirken kann, auf legitime Leistungen und Ansprüche zu verzichten, die anderswo längst unbestritten sind. Hier meine ich, liegt eine der Aufgaben der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe, ihre Stimme zu erheben, mit einem halbjährlichen Sozialreport beispielsweise, mit einem Rating, denn kaum etwas erhöht im unserem förderalen System die Handlungsbereitschaft mehr als der Eindruck, rückständig zu sein.

Iwan Rickenbacher,
Kommunikantionsberater